

Heribert Böttcher am 24.08.2012: Gegen das Vergessen des Mordes an Frank Bönisch

Wir haben nicht vergessen, dass Frank Bönisch vor 20 Jahren mitten in Koblenz auf dem Zentralplatz von einem Neonazi erschossen wurde. Dabei waren weitere Menschen angeschossen worden. Die sog. Öffentlichkeit gibt sich schnell mit Einzeltätern zufrieden. Wir aber haben nicht vergessen, dass vor 20 Jahren in Deutschland monatlich im Durchschnitt 300 rechtsextremistisch motivierte Überfälle registriert wurden¹. Sie richteten sich gegen Andersartige und Schwache. Es fiel auf, dass die Zahl der Übergriffe auf Wohnungslose stieg. Im Focus aber standen vor allem Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl suchten.

Wir haben auch nicht vergessen, dass in Deutschland unter den Vorzeichen neoliberaler Reformen eine Welle des Sozialabbaus durchgesetzt wurde. Sie war flankiert von der Debatte um die Änderung des Asylrechts. Dabei wurden Flüchtlinge unter den Generalverdacht des Missbrauchs des Asylrechts gestellt. Politiker und Presse stigmatisierte sie zu Wirtschaftsflüchtlingen und Scheinasylanten. Befriedigt konnte der damalige Vorsitzende der NPD feststellen:

„Die Diskussion um das Asylrecht nähert sich mit Riesenschritten der Argumentationsebene der NPD.“²

Die Änderung des Grundgesetzes, die der faktischen Abschaffung des Asylrechts gleichkam, gab der NPD ebenso wie dem in der Mitte der Gesellschaft verankerten und politisch bedienten Rechtsextremismus – ganz wörtlich – ‚Recht‘.

Die rot-grüne Bundesregierung verfolgte mit der Förderung der Zuwanderung eine vermeintlich ausländerfreundlichere Politik. In einem Faltblatt der Bundesregierung war zu lesen:

„Wohlstand und Arbeit in Deutschland sind an die internationale Wettbewerbsfähigkeit gebunden. Für erstklassige Produkte, innovative Technologie und hoch entwickelte Forschung braucht man die besten Köpfe der Welt. Viele davon haben wir im eigenen Land. Aber wir brauchen auch Spezialisten aus anderen Teilen der Welt...“³

Im gleichen Faltblatt wurde angekündigt:

„Mit einer Vielzahl von Maßnahmen wird der Aufenthalt ausreisepflichtiger Ausländer effektiver und schneller beendet.“⁴

Damit folgte ‚Rot-grün‘ der Logik, die der ehemalige bayrische Ministerpräsident Beckstein so beschrieben hatte: „Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnutzen, und mehr, die uns nutzen.“⁵

Was aber hat nun die Ausländer- und Flüchtlingspolitik mit der Ermordung Frank Bönischs auf dem Koblenzer Zentralplatz zu tun?

¹ Vgl. Roland Appel, Die Asyl-Lüge: Was tun, wenn ein Grundrecht demontiert wird? in: Roland Appel/Claudia Roth (Hg.), Die Asyl-Lüge. Ein Handbuch gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Köln 1992, 12 – 58, 37.

² Zitiert nach Pax Christi, Basisgruppe Koblenz (Hg), Abschiebung aus der „Stadt zum Bleiben“. Von Koblenz in die Türkei und mit Züblin zurück auf den Zentralplatz, Koblenz 2007, 178.

³ Ebd., 219.

⁴ Ebd., 220.

⁵ Ebd. 219.

Gegen Flüchtlinge und Migranten wird – so formulierte der im Juli verstorbene Philosoph und Kapitalismuskritiker Robert Kurz –

„in aller Offenheit exekutiert, was die innerste Logik des Kapitalismus überhaupt ist: die Tendenz nämlich, den Menschen auf seine ‚ökonomische Nützlichkeit‘ als Verausgabungseinheit von rentabler Arbeitskraft und ‚Leistung‘ zu reduzieren. Was an den eigenen Staatsbürgern noch nicht mit letzter Konsequenz möglich ist, nämlich nur die rentabel vernutzbare Leistungsmaschine Mensch als Mensch ‚anzuerkennen‘, nicht aber die aktuell unbrauchbaren Kinder, Alten und Kranken oder sonst wie nicht Leistungsfähigen, das tritt bei der Behandlung von Migranten mit aller Brutalität zu Tage.“⁶

Kapitalismus beruht auf der Verausgabung von Arbeit für den irrationalen Zweck der Vermehrung des Geldes um seiner selbst willen. Mit ihm ist untrennbar die Herrschaft der Arbeit verbunden. In ihrer Logik wird eine Trennungslinie zwischen Arbeitenden und Nicht-Arbeitenden, zwischen Verwertbaren und Überflüssigen, zwischen sog. Leistungsträgern und zu alimentierenden Kostenfaktoren gezogen. Die Krise des Kapitalismus ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass der Staat in der Logik kapitalistischer Krisenverwaltung nun auch die eigenen Staatsbürger in Verwertbare und ‚Überflüssige‘ trennt.

In der Krise wird diese Selektion immer brutaler exekutiert. Die Verwertbarkeit als Arbeitskraft entscheidet darüber, wer dazu gehört und wer als ‚überflüssig‘ an den Rand der Gesellschaft ‚abgeschoben‘ wird. Aber auch diejenigen, die über Hartz IV von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden, bleiben unter der Herrschaft der Arbeit eingeschlossen. Sie müssen sich unter Androhung des Entzugs der materiellen Grundlagen ihrer Existenz in Dauerbereitschaft für die Verwertung ihrer Arbeitskraft halten. Es ist absurd. Der kapitalistische Produktivitätsfortschritt entsorgt wert schöpfende Arbeit und hält auch noch in deren Niedergang mit aller Macht an der Herrschaft der Arbeit fest. Ihr können selbst die nicht entkommen, deren Arbeit nicht mehr verwertet werden kann.

Die Verlierer in der Selektion um die Verwertung der Arbeit sehen sich - wie vor 20 Jahren die Flüchtlinge - unter den Generalverdacht von Faulheit, Leistungsverweigerung und des Missbrauchs sozialer Leistungen gestellt. Der ehemalige Wirtschaftsminister Clement schreckte nicht einmal vor Vergleichen mit Parasiten zurück: „Biologen“ – so ließ er verlauten – verwenden für ‚Organismen‘, die ... zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer leben, übereinstimmend die Bezeichnung ‚Parasiten‘.“⁷

Rechtsextremismus als Selektion und Abwertung der Selektierten sowie derer, die als bedrohlich erscheinen, nur weil sie anders sind, agiert sich an den Rändern der Gesellschaft aus, hat aber seine Wurzeln in der Mitte der Gesellschaft. Ein Alarmzeichen dafür ist die Studie zu ‚Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ in Deutschland. Sie verzeichnet eine deutliche Zunahme rassistischer Einstellungen. Ihre Wurzel ist eine ‚Ideologie der Ungleichwertigkeit‘. Sie wird konkret in der Abwertung schwacher Gruppen, in Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. Ihr Nährboden ist die Wirklichkeit sozialer Ungleichheit, die in unserer Gesellschaft zum Normalzustand geworden ist.

Die Ressentiments richten sich vor allem gegen Langzeitarbeitslose. Noch unter ihnen rangieren die Obdachlosen. In Koblenz werden sie von der Initiative ‚Alle lieben Koblenz‘

⁶ Robert Kurz, Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honnef 2003, 227.

⁷ Zitiert nach Fachkonferenz Sozialpastoral im Dekanat Koblenz (Hg.), „Koblenz in der Zwangsjacke – Armut wird verwaltet, Großprojekte treiben in die Schuldenfalle“. Texte der Veranstaltung zum Abschluss der Wanderausstellung „Der Armut in Koblenz ein Gesicht geben“, 8.

sowie vom Leiter des Ordnungsamtes verhöhnt und unter Anwendung der Gefahrenabwehrverordnung aus der Innenstadt vertrieben⁸.

„Rohe Bürgerlichkeit“ nennt die Studie solche Haltungen. Bei ihnen geht es – so wörtlich – „um die Sicherung bzw. Steigerung eigener sozialer Privilegien durch Abwertung und Desintegration volkswirtschaftlich ... Nutzloser sowie um kulturelle Abwertung anderer...“

„Wer vom Faschismus redet, darf vom Kapitalismus nicht schweigen.“ Dieses Max Horkheimer zugeschriebene Wort wird in der Krise des Kapitalismus immer brisanter. Wer analytisch tiefer sieht, kann erkennen, dass der Kapitalismus strukturell mit Antiziganismus und Antisemitismus verbunden ist. Im Hass auf Zigeuner und im Hass auf Juden verbindet sich der Hass auf Nicht-Arbeit.

Das Bild des Zigeuners erinnert an ein „Leben ohne Arbeit“. Zugleich werden Zigeuner als minderwertig und bedrohlich stigmatisiert. Dieses Bild grenzt nach unten ab und macht deutlich, wohin ein Leben ohne Arbeit führt.

Das Bild des Juden steht für „Lohn ohne Arbeit“. Mit diesem Bild kann zwischen dem bösen, weil ohne Arbeit raffenden und dem guten, weil durch Arbeit schaffendem Kapital unterschieden und der schaffende Kapitalismus gegen den Casinokapitalismus ausgespielt werden. Im modernen kapitalistischen Antisemitismus sind aus dem ‚Gottesmörder‘ die ‚Geldmonster‘ geworden⁹. Und Geld regiert bekanntlich die Welt.

In den Focus der Kritik zu rücken wäre die abstrakte Herrschaft der auf der Verausgabung von Arbeit beruhenden Verwertungsmaschinerie des Kapitals. In der sich zuspitzenden Krise des Kapitalismus könnte es leichter erscheinen, die Welt vor ‚Juden‘ und ‚Zigeunern‘, den vermeintlichen Bedrohungen ‚von oben‘ und ‚von unten‘, zu ‚retten‘.

Wer Rechtsextremismus bekämpfen will, wird sich mit dem Kapitalismus und seiner Zerstörungsdynamik beschäftigen müssen. Wer meint, den Kapitalismus ausblenden und ohne Reflexion des Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft gegen Rechtsextreme an den Rändern der Gesellschaft demonstrieren zu können, bleibt in der Gefahr, in der Rolle des Biedermanns gegen den Brand zu protestieren, den er selbst mit legt.

Wer Rechtsextremismus bekämpfen will, darf ‚den Rechten‘ nicht Recht geben – weder durch Rechtsprechung noch durch eine Gesetzgebung, die Diskriminierung und Ungleichheit fördert.

Widerstand ‚gegen Rechts‘ muss ‚rechten Gesinnungen‘ die Stirn bieten – allen Haltungen und Meinungen, die Menschen diskriminieren, stigmatisieren und auf ihre Nützlichkeit reduzieren. Er muss sich dagegen wehren, dass Menschen individuell für das Versagen des Kapitalismus verantwortlich gemacht werden. Wer Systemversagen in individuelles Versagen umdeutet, trägt dazu bei, die Sündenböcke zu präsentieren, an denen sich dann ‚rechte Gewalt‘ ausagieren kann.

Wer die Würde des Menschen verteidigen will, muss die Würde der Langzeitarbeitslosen, die Würde der Obdachlosen, die Würde der im Meer ertrinkenden Flüchtlinge verteidigen, kurz die Würde all derer, die von der kapitalistischen Krisenverwaltung unter Finanzierungsvorbehalt gestellt und der Logik der Gefahrenabwehr unterworfen werden.

⁸ Vgl. Pax Christi-Basisgruppe Koblenz u.a., Klartext Koblenz von unten, Dritte Ausgabe, März 2012, 2f., 28.

⁹ Vgl. Robert Kurz, Geld ohne Wert. Grundrisse zu einer Transformation der politischen Ökonomie, Berlin 2012, 127.

